

3/10. 23 zu

5. OKT. 2009

4.) Hr. Ziehlow z. Bearb.

Hochschule Magdeburg-Stendal · Breitscheidstr. 2 · 39114 Magdeburg



**Hochschule
Magdeburg • Stendal**

FB Sozial- und Gesundheitswesen
Prof. Dr. med. Eberhard Göpel
Breitscheidstr. 2
D - 39114 Magdeburg

Tel.: 0391 - 8864304
Fax: 0391 - 8864736

e-mail:
eberhard.goepel@sgw.hs-magdeburg.de

**Staatskanzlei
Herr Ministerpräsident
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer
Hegelstraße 40-42
39104 Magdeburg**

Staatskanzlei MP - Büro				
05. Okt. 2009				
3933				
CdS	I	II	III	IV

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Bearbeitet von

Datum

25. September 2009

Landes-Programm für Nachhaltige Entwicklung

Sehr geehrte(r) Herr Ministerpräsident Böhmer,

im Zusammenhang mit den öffentlichen Diskussionen fällt auf, dass Investitionen und politische Initiativen für eine Nachhaltige Landesentwicklung gegenwärtig nur eine nachgeordnete Rolle spielen.

Lediglich der Finanzminister und der Ministerpräsident machen in dieser Wahrnehmung darauf aufmerksam, dass das Geld nicht mehr reichen wird, um so wie bisher weiterzumachen.

Ein systematisches, ressortübergreifendes Landesprogramm für Nachhaltige Entwicklung, wie z. B. in Baden-Württemberg (http://www.baden-wuerttemberg.de/de/Nachhaltigkeitsstrategie_Baden-Wuerttemberg/164272.html) gibt es in Sachsen-Anhalt bisher leider nicht.

Viele mögliche Beiträge der einzelnen Ressorts der Landesregierung zu einer zukunftsfähigen Politik für eine nachhaltige Landesentwicklung geraten dadurch nicht ins Blickfeld alltäglichen Verwaltungshandelns und politischer Entscheidungen.

Die TeilnehmerInnen der diesjährigen SommerAkademie an der Hochschule Magdeburg-Stendal, die sich mit den Konsequenzen des demografischen Wandels für die Gestaltung zukunftsfähiger Lebenszusammenhänge in Städten und Gemeinden beschäftigten, haben den skizzierten Mangel in der gegenwärtigen Landespolitik in Sachsen-Anhalt konstatiert.

*Empfehlung
interne Auswertung
Böcker*

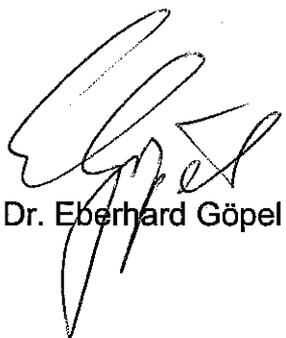
Bö

Mit dem beiliegenden Bericht möchte ich Sie über einige Ergebnisse und Anregungen aus den Beratungen der SommerAkademie informieren, die auch für Ihren Verantwortungsbereich in der Landesregierung hilfreich sein können.

Insbesondere die Beratungen zum Landesentwicklungsplan 2010 enthalten unserer Meinung nach eine Chance, den Beitrag der einzelnen Ressorts der Landesregierung zu einer zukunftsfähigen Landesentwicklung positiv zu bestimmen und diese in einem Landesprogramm für Nachhaltige Entwicklung zusammenzufassen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie diese übermittelten Anregungen aufgreifen können.

Mit freundlichen Grüßen
und den besten Wünschen für Ihre Arbeit



Prof. Dr. Eberhard Göpel

Prof. Dr. Eberhard Göpel
Hochschule Magdeburg-Stendal

15.09.2009

Bericht zur SommerAkademie 2009 zum Thema „Demographischer Wandel. Gestaltung gesundheitsfördernder und nachhaltiger Lebenswelten in Städten und Gemeinden in Zeiten demographischen Wandels und wirtschaftlicher Krisen“

Vom 7. – 11. September 2009 fand an der Hochschule Magdeburg-Stendal die 9. SommerAkademie statt, die sich in diesem Jahr mit den Herausforderungen des demographischen Wandels und der aktuellen wirtschaftlichen Krise für das Leben in den Städten und Gemeinden beschäftigt.

Die Beiträge der 18 Einzel-Veranstaltungen werden auf der Website www.sgw.hs-magdeburg.de/sommerakademie dokumentiert.

Aus den Beiträgen und Diskussionen sind die folgenden Hervorhebungen formuliert worden, um auch über den Kreis der TeilnehmerInnen hinaus öffentliche Diskussionen und dringend notwendige politische Initiativen in Sachsen-Anhalt anzuregen:

1. Bevölkerungs-Schwund und Altersentwicklung

Die aktuelle amtliche Bevölkerungs-Prognose für Sachsen-Anhalt geht von einem anhaltenden Rückgang der Bevölkerungszahl von gegenwärtig 2,3 Millionen auf 2,1 Millionen im Jahr 2020 aus.

Diese Zahl ist optimistisch.

Sie unterstellt, dass es in einigen Städten gelingt, die Bevölkerungsentwicklung zu stabilisieren, während es in weiten ländlichen Bereichen zu einem rasch fortschreitenden Bevölkerungs-Rückgang kommt. Vor allem die Zahl jüngerer Menschen im produktiven Erwerbsalter geht deutlich zurück und dies mindert die wirtschaftlichen Entwicklungschancen.

Die Bevölkerungszahl allein ist dabei nicht hinreichend aussagekräftig.

Alarmierend ist vielmehr, wenn künftig mehr als 50 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt von staatlich zu garantierenden Transferleistungen abhängig sind

ohne Möglichkeiten zu sehen, sich am öffentlichen Leben durch wirtschaftliches, politisches oder kulturelles Engagement wirksam zu beteiligen.

2. Abhängigkeit von Subventionen und Krediten.

Die umfangreichen Infrastruktur-Investitionen der letzten 20 Jahre sind in einem hohen Maße durch Fremdmittel (EU-Zuschüsse, Solidaritätspakt und andere finanzielle Umverteilungen in der Bundesrepublik sowie eine hohe Kredit-Verschuldung des Landes) ermöglicht worden.

Die wirtschaftliche Ertragskraft des Landes reicht auf absehbare Zeit nicht aus, um die öffentlichen Haushalte auch nur annähernd auf dem gegenwärtigen Niveau ohne weitere Kredit-Verschuldungen zu halten.

Ein derartiges „Leben auf Pump“ ist wenig verantwortlich gegenüber künftigen Generationen, wenn es nicht mit tragfähigen Zukunftsperspektiven verbunden werden kann.

Ein entsprechend abgestimmtes Programm für die Landesentwicklung ist gegenwärtig öffentlich nicht präsent.

3. Glorreiche Vergangenheit und fehlende Zukunfts-Vorstellungen.

Die Menschen stehen in Sachsen-Anhalt zwar im Durchschnitt früher auf als in anderen Regionen der Bundesrepublik, haben aber zugleich auch die ausgeprägteste Konsumenten-Mentalität: Im Fernseh-, Alkohol- und Zigaretten-Konsum liegen wir in Deutschland an der Spitze, ebenso beim Übergewicht. Bei der Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen liegen wir weit hinten, ebenso bei der Studienquote junger Erwachsener. In unserem kleinen Bundesland, in dem weltoffene Bildung und internationaler Austausch zentrale Entwicklungs-Ressourcen sind, gibt es im Bundesvergleich die geringste Ausländerquote und ein entsprechend geringes Fremdsprachen- Interesse, einen Rückstand bei der Nutzung des weltweiten Internet-Netzes und ein weitgehendes Fehlen öffentlicher Zukunftsdiskussionen in den Hochschulen, in den öffentlich-rechtlichen Medien oder den Parlamenten.

Stauend nehmen wir in musealen Ausstellungen zur Kenntnis, wie weltoffen die Region bereits vor 1000 Jahren zur Zeit der Romanik und der Gotik war, aber vergeblich hoffen wir auf eine politische Zukunfts-Vorstellung der Landesregierung, in welcher Weise die Region die hervorragende geografische Lage im Zentrum eines erweiterten Europa im 21. Jahrhundert politisch nutzen will.

4. Stärkung der Kommunen und Öffnung der Region.

Ein großes, bisher kaum hinreichend unterstütztes Entwicklungs-Potential im Lande ist die freiwillige Tatkraft und das mögliche Engagement von Menschen für die Gestaltung sozial integrierender, nachhaltiger Lebenswelten in den Städten und Gemeinden und die Belebung einer bürgerschaftlichen Selbstverwaltung in den Orten und Stadtteilen.

Verbunden mit einem garantierten Bürgergeld und allgemein zugänglichen öffentlichen Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten könnte eine neue Kultur von kommunaler Selbstverwaltung, Bürgerarbeit und freiwilligem Engagement für das Gemeinwesen entstehen, die zu einer demokratischen Erneuerung beitragen kann. Heimatliche Identifikation entsteht dabei durch aktives Engagement für den eigenen, unmittelbar zugänglichen Lebenszusammenhang.

Diese Identifikation ist von Bedeutung, wenn es darum geht, den eigenen Lebensort zukunftsfähig zu gestalten und dafür die Voraussetzungen in einem größeren Rahmen der Bundesrepublik und der Europäischen Union zu suchen.

Für die Verbesserung der Zukunftschancen in der Region Sachsen-Anhalt sind systematische politische Initiativen notwendig, damit die Menschen sich als wirksame GestalterInnen ihrer gewählten Heimat erleben können.

Bürgerschaftliches Kompetenz-Erleben schafft Selbstbewusstsein und dies wiederum ist eine wesentliche Voraussetzung, um Neuem und Fremden mit Interesse und Neugier begegnen und neue zukünftige Entwicklungen als gemeinsame Gestaltungschancen diskutieren zu können.

5. Zukunftsorientierte Entwicklungsziele für die Region, Weltoffenheit in der Umsetzung und eine aktive Zuwanderungs-Politik.

Ohne eine intensive Zuwanderungs-Politik für qualifizierte und engagierte Neubürgerinnen und Bürger ist der Lebensstandard in Sachsen-Anhalt aus eigener Kraft kaum zu halten.

In der Geschichte dieses Landes haben Zuwanderungen bereits häufiger zu positiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungs-Impulsen geführt und erfolgreiche Einwanderungs-Länder wie Kanada oder Australien verdanken ihren gesellschaftlichen Wohlstand in hohem Maße der Zuwanderung motivierter und qualifizierter Menschen aus aller Welt.

Platz und Möglichkeiten gibt es auch in Sachsen-Anhalt genug, um qualifizierten Zuwanderern aussichtsreiche Startchancen zu eröffnen.

Öffentlich zu formulieren sind dafür die politischen Vorgaben und die begleitenden politischen Aktivitäten einer auf interkulturelle Öffnung, Toleranz und nachhaltiges Zusammenleben angelegten Landesentwicklung.

Die Region hat viel zu bieten und zu gewinnen, wenn sie sich als Gestaltungs- und Lebensraum für tatkräftige Menschen aus aller Welt anbietet.

Mit 10.000 qualifizierten Einwanderern pro Jahr aus aller Welt käme Schwung in die Landesentwicklung.

6. Fokussierung der Politik und der öffentlichen Ressourcen auf nachhaltige Entwicklungsprozesse.

Mit der Diskussion zum Landesentwicklungsplan 2010 gibt es eine aktuelle Chance, sich öffentlich über Prinzipien und Prioritäten nachhaltiger Landesentwicklung zu verständigen und auch ein systematisches Regierungs-Programm für nachhaltige Entwicklungs- wie etwa in Baden-Württemberg (www.jetzt-das-morgen-gestalten.de) zu erarbeiten.

In zahlreichen Bereichen der Landesverwaltung und der Landespolitik ist gegenwärtig kaum erkennbar, dass die Orientierung an einer nachhaltigen Landesentwicklung dort maßgeblich verankert ist.

Besonders bedrückend ist es, wenn es ausgerechnet im Wissenschaftsbereich nicht gelingt, Bildung und Forschung für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsstudien systematisch zu verankern.

Eine Wissenschafts- und Hochschul-Politik in föderaler Landes-Verantwortung müßte sich zum Beispiel darum kümmern, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung an den Hochschulen des Landes durch ein systematisches Forschungs- und Entwicklungs-Programm fördert und in den Studienprogrammen verankert wird.

Sie könnte dabei das wissenschaftliche Potential der Fachhochschulen im Lande nutzen und entfalten und durch 200 Promotions-Stipendien für in und ausländische Doktoranden für anwendungsbezogene Forschungen im Bereich nachhaltiger Entwicklung einen entsprechenden Entwicklungsschub induzieren.

Sie könnte auch zahlreiche eindeutig nicht nachhaltige Fehlentwicklungen im Wissenschaftsbereich beenden, wie z. B. die Entscheidung, ein Drittel des gesamten Hochschul-Etats des Landes für zwei medizinische Fakultäten auszugeben, die es in 20 Jahren nicht geschafft haben, auch nur einen einzigen ordentlichen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin und hausärztliche Versorgung einzurichten, um ihre Studierenden

angemessen auf die hausärztliche Versorgung älterer Menschen im Lande vorzubereiten.

Sie könnte stattdessen eine Medizinische Fakultät in eine „Hochschule für Gesundheit“ umwandeln, deren Forschungs- und Ausbildungstätigkeit sich vor allem der Gesundheitsförderung im Alltag in allen Lebensphasen widmet und sich an den ambulanten Unterstützungsbedarfen einer alternden Bevölkerung ausrichtet, um eine selbstständige Lebensführung und Lebensqualität auch bei chronischen Erkrankungen und körperlichen Einschränkungen zu fördern und Kosten in der stationären Krankenbehandlung zu reduzieren.

Ähnliche Beispiele mangelnder gesellschaftlicher Voraussicht und Verantwortung lassen sich auch in anderen Politikbereichen, etwa im Bereich der Verkehrs- und Baupolitik, der Arbeits- und Wirtschaftspolitik, der Landwirtschaftspolitik, der Sozialpolitik oder der Bildungs- und Medienpolitik identifizieren.

Die aktuellen Haushaltsberatungen im Landtag könnten Anlass sein, dem Ziel einer nachhaltigen Landesentwicklung mehr Nachdruck bei der Verteilung öffentlicher Mittel zu verleihen und die Landesregierung darin zu stärken, ihren Verfassungsauftrag zu einer ausgeglichenen und nachhaltigen Haushaltsführung zu erfüllen.

Mit der SommerAkademie 2010 wollen wir im nächsten Jahr erneut ein Rahmen schaffen, um über Fortschritte im Bereich nachhaltiger Landesentwicklung zu berichten und zu beraten.

Wir freuen uns über Ihren Beitrag.

Prof. Dr. Eberhard Göpel

**Transferstelle Nachhaltige Entwicklung und Zukunftsstudien
an der Hochschule Magdeburg-Stendal**

Breitscheidstr.2

39114 Magdeburg

Tel. 0391 8864304

Eberhard.goepel@hs-magdeburg.de

www.sgw.hs-magdeburg.de/sommerakademie